

Gedenken

# Aktion Ungeziefer

**Die Einwohner eines Dorfes in Sachsen-Anhalt wollen 350 Meter Original-DDR-Grenze erhalten – Land und Bund haben etwas dagegen.**

**W**altraud Eggers brauchte ein halbes Jahr, bis sie sich zum ersten Mal traute, ihren Eltern die Enkeltochter zu zeigen. Am Nachmittag eines klaren Märztags im Jahre 1964 stellte sie sich, wie brieflich vereinbart, ans Küchenfenster ihres Hauses und hielt das Kind in die Höhe.

60 Meter entfernt standen die Großeltern und winkten – jenseits der beiden Mauern, hinter dem Schußfeld mit Treminen und Metallgitter-Zäunen, jenseits dieser „pionierteknisch ausgebauten Grenze vor einer Ortschaft“ (Jargon der DDR-Grenztruppen), die Deutschland bei Hötnesleben in Bundesrepublik und DDR teilte.

Als Dieter Eggers am nächsten Tag im Rathaus des Örtchens pünktlich zur Arbeit erschien, wurde er sofort zum Verhör gebeten. „Deine Frau hat gestern wieder provoziert“, warf ihm ein Uniformierter

vor. „In rosa Kittelschürze und mit dem Kind im Arm hat sie Westkontakt aufgenommen.“

So ging das viele Jahre 40 Kilometer westlich von Magdeburg im Sperrgebiet, und noch immer bekommt Waltraud Eggers, 62, Gänsehaut, wenn sie an die ständige Überwachung denkt.

Direkt am Ende ihres Gemüsegartens – Kartoffeln, Salat und Rüben – ragte die erste der beiden Grenzmauern auf, drei Meter hoch, obendrauf Stacheldraht. Dahinter klafften die Hunde auf der Trasse. Flutlicht erleuchtete nachts das Haus, und vom Wachturm aus stierten die Grenzsoldaten mit Ferngläsern ins Schlafzimmer.

Das DDR-Reich ist zerfallen, die Soldaten haben sich ins Zivilleben eingereiht – nun wäre endlich Gelegenheit, auch die Reste des Grenzregimes aus Stahl und Beton zu tilgen. Doch das Ehepaar Eggers wünscht sich, daß alles so bleibt, wie es immer war. „Die Enkelkinder sollen wissen“, sagt die ehemalige Verkäuferin, „wie es früher bei uns aussah.“

So wie das Rentnerpaar denken viele in dem kleinen Ort, der heute zu Sachsen-Anhalt gehört. Nirgendwo sonst außerhalb Berlins, sagen die Hötneslebener mit einem gewissen Stolz, sahen sich die DDR-Oberen wegen der besonderen geographischen Lage gezwungen, ihr aufwendiges Sperrsystem dermaßen dicht an Wohnhäuser zu bauen.

Mittlerweile gibt es sogar einen Verein, der sich die Instandsetzung und Pflege der letzten, dem Abrißbagger entgangenen 350 Meter langen Grenzanlage am Rande des Dorfes zum Ziel gesetzt hat. Auf Drängen der Mitglieder wurde das einzig erhaltene „Hindernissystem im Originalzustand“ bereits im Januar 1990 als Denkmal registriert. Nun kämpft die Gruppe für die Anerkennung als nationale Gedenkstätte.

„Hier zeigt sich doch exemplarisch das Gesicht einer Diktatur“, sagt Vereinsvorsitzender Achim Walther, „nach außen Paraden, nach innen Stacheldraht.“

Am Dienstag, wenn sich zum 35. Male der Mauerbau jährt, würden Walther und seine Mitstreiter gern ein oder zwei Minister der Landesregierung, einige Bundstagsabgeordnete oder zumindest ein paar Parlamentarier des Landtages in Hötnesleben begrüßen. Doch die Politiker sind alle schon 15 Kilometer weiter in Marienborn zum Gedenktag verabredet.

Dort befindet sich die ehemalige Grenzübergangsstelle, über die der Transitverkehr zwischen Hannover und Berlin rollte und die Ministerpräsident Reinhard Höppner am 13. August feierlich als Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ widmen will.

Zwar ist an dem ehemaligen Kontrollpunkt außer einigen Malerarbeiten an den Abfertigungsbaracken noch nicht viel passiert. Aber rechtzeitig zur Expo 2000 soll die Kontrollstelle als eine Art Erlebnispark in neuem Glanz erstehen. Sieben Millionen Mark läßt sich das Land das Engagement kosten, über drei Millionen Mark Bundesgelder sind beantragt.

Vor allem Marienborn, so heißt es in der Förderbegründung, dokumentiere „anschaulich den Unterdrückungscharakter des beseitigten Systems“. An diesem Ort sei auf „bedrückende Art und Weise nachvollziehbar“, was Begriffe wie „Eiserner Vorhang und totalitäres Regime“ eigentlich meinten.

Da können die Hötneslebener nur lachen. Für sie ist der staatlich gefeierte Grenzübergang in der Nachbargemeinde eine Gedenkstätte für Westler, die beim Transit schlimmstenfalls unter den Schikanen der DDR-Grenzer und längeren Staus zu leiden hatten. „Für uns Ossi“, sagt Walther, „existierten nur die 1400

\* Im Garten seines Hauses, wo die Grenze verlief.



FOTOS: P. FRISCHMUTH / ARGUS



**Ehepaar Eggers\*, ehemalige DDR-Grenzbefestigung in Hötnesleben: „Gestern wieder provoziert“**





**Ex-Kontrollpunkt Marienborn:** Gedenkstätte für Westler, die schlimmstenfalls unter Schikanen der Grenztruppen litten

Kilometer Grenze, die Übergänge haben die meisten nicht einmal von Ferne gesehen.“

Die Gemeindeverwaltung liegt im Streit mit Land und Bund. Sie will nicht hinnehmen, daß alle Fördergelder nach Marienborn fließen. Das Innenministerium in Magdeburg hält Hötensleben lediglich „für eine Einrichtung von eher örtlicher Bedeutung“. Und auch das Innenministerium in Bonn, dem Grund und Boden gehört und an das sich die Ortsverwaltung mehrfach hilfeschend wandte, lehnt eine Finanzierung kategorisch ab.

Am liebsten würde der Bund den Dörfern das umstrittene Grenzgelände einfach schenken und damit auch seine Erhaltungspflicht abtreten. „Das ist natürlich absurd“, empört sich der Kassenswart der Hötenslebener Initiative, Joachim Bittner. „Sollen wir etwa Eintritt nehmen, um die Gedenkstätte zu finanzieren?“

An der offiziellen Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ haben die Beamten des Magdeburger Innenministeriums erst einmal die Reste der Ausreiseshalter abräumen lassen – für den geplanten Besucherparkplatz.

Daß sie damit möglicherweise den Eindruck verstärken, das Denkmal orientiere sich vor allem an den Interessen der Westgäste, kümmert die Verwaltungsfachleute wenig: „Einreise- wie Ausreiseanlage waren ja für Ost und West da“, sagt Ministeriumssprecher Matthias Schuppe.

Auch scheinen sich die Beamten vor allem um die touristischen Basiseinrichtungen zu sorgen. So steht im Zentrum ihrer Pläne der Bau einer „modernen Tankstellen- und Raststättenanlage“.



**Grenzsperrung in Marienborn (1969):** Sensible Stelle

Diese solle, heißt es in dem Konzept, „ein freundliches Gegenbild“ zu den „eher düsteren Teilen der ehemaligen Grenzübergangsstelle abgeben“ und dazu beitragen, „daß Sachsen-Anhalt sich an dieser sensiblen Stelle keinesfalls in überwiegend negativer Weise präsentiert“.

Der Hötenslebener Initiative freilich kommt es gerade auf die düsteren Seiten der DDR-Vergangenheit an. Besonders den Älteren ist beispielsweise die „Aktion Ungeziefer“ noch gut in Erinnerung, bei der im Mai 1952 insgesamt 240 Einwohner von der Volkspolizei auf Lkw getrieben und als „Gegner der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ ins Hinterland verfrachtet wurden.

Und jeder im Ort kann noch die alltäglichen Schikanen aufzählen, denen die Bewohner ausgesetzt waren: Ins Dorf kam nur, wer einen Passierschein vorweisen konnte. Freunde und Angehörige

von außerhalb mußten sich wochenlang vor dem geplanten Besuch anmelden, Reisen zu Westverwandten waren vielen grundsätzlich untersagt.

Gegen die Freunde einer nationalen Gedenkstätte Hötensleben arbeitet allerdings die Zeit. Während sich der Verein mit der Landesregierung um die Förderung streitet, rottet die Sperranlage vor sich hin.

Auf dem sogenannten Spurensicherungsstreifen, der früher regelmäßig mit Unkraut-Ex von Grünzeug freigehalten wurde, sprießt das Gras. Fast dreiviertel der Panzerreiter, die als Fahrzeugsperrern im Abstand von gut einem Meter aufgestellt waren, sind inzwischen von Schrotthändlern fortgeschafft worden.

Und die Bauern aus der Umgebung haben sich großzügig bei den Steinplatten und Zaunpfählen bedient – die brauchen sie für die Bewältigung der Gegenwart. □